

**Vorlage  
zur Beschlussfassung  
für die Bezirksamtssitzung am 28.11.2023**

- 1. Gegenstand der Vorlage:** BVV-Beschluss-Nr. 397/VI vom 20.09.2023  
Hinzuziehung der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen bei der Genehmigung von Jelbi-Standorten  
Drucksachen-Nr. 0534/VI
- 2. Berichterstatter:** Bezirksstadtrat Urban Aykal
- 3. Beschlussentwurf:** Das Bezirksamt beschließt, der Bezirksverordnetenversammlung die beigefügte Vorlage zur Kenntnis zu geben.
- 4. Begründung:** Auf die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung wird verwiesen.
- 5. Rechtsgrundlagen:** § 36 Abs. 2 Buchst. b) und e) BezVG
- 6. Finanzielle Auswirkungen:** Keine
- 7. Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung:** Keine
- 8. Veröffentlichung (BVV-BNr: 471/V):** ja
- 9. An der Vorlage hat mitgewirkt:** ./.

Urban Aykal  
Bezirksstadtrat

**Vorlage  
zur Kenntnisnahme  
für die Bezirksverordnetenversammlung**

- 1. Gegenstand der Vorlage:** BVV-Beschluss-Nr. 397/VI vom 20.09.2023  
Hinzuziehung der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen bei der Genehmigung von Jelbi-Standorten  
Drucksachen-Nr. 0534/VI
- 2. Berichterstatter:** Bezirksstadtrat Urban Aykal

**3. Die Bezirksverordnetenversammlung hat am 20.09.2023 den folgenden Beschluss gefasst:**

„Das Bezirksamt wird ersucht, dass vor der Genehmigung von Jelbi-Standorten die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen zeitnah informiert wird.“

Hierzu wird berichtet:

Das Straßen- und Grünflächenamt teilt mit, dass die Belange von Menschen mit Behinderungen bei den Genehmigungsverfahren von Jelbi-Standorten durch die am Verfahren beteiligten Stellen in ausreichender Weise Berücksichtigung finden. Insbesondere die Straßenverkehrsbehörde achtet genau auf die Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Bestimmungen zur Nutzung der Verkehrsflächen, darüber hinaus ist es im Berliner Straßengesetz verankert, dass durch erlaubte Sondernutzungen keine Menschen mit Behinderungen in der Ausübung des Gemeingebrauchs erheblich beeinträchtigt werden dürfen.

Zusätzlich wird der Kreis der am Verfahren beteiligten Stellen für die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis für Jelbi-Standorte der BVG künftig durch aktive Einbindung der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen erweitert.

Es wird gebeten, den Beschluss damit als erledigt zu betrachten.

Maren Schellenberg  
Bezirksbürgermeisterin

Urban Aykal  
Bezirksstadtrat